



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner
Florian Reil

Mail
reil@muenchen.ihk.de

Telefon
089 5116-2012

Datum
22.09.2022

Energiekrise: Alarmstufe Rot in der bayerischen Wirtschaft

Fast die Hälfte der Betriebe im Freistaat sieht laut BIHK-Umfrage Verlust der Wettbewerbsfähigkeit

München – Die aktuelle Energiekrise und die jüngsten Entscheidungen der Bundesregierung in energiepolitischen Fragen bereiten der Wirtschaft im Freistaat größte Sorgen. Vor allem die Wettbewerbsfähigkeit sehen viele bayerische Betriebe in Gefahr: Im jährlichen Energiewendebarmeter des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK) unter mehr als 500 Unternehmen aus Industrie, Handel und dem Dienstleistungsbereich erklärten 44 Prozent, dass sie am Standort Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig seien. Alleine in der Industrie teilen 63 Prozent diese Sorge. Die deutschen IHKs hatten die Umfrage Mitte Juni bis Anfang Juli durchgeführt. Nun liegen die Zahlen für Bayern final vor.

„Wie erwartet ist die Lage bitterernst“, kommentiert BIHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl die Umfrageergebnisse. „Branchenübergreifend wissen viele Unternehmerinnen und Unternehmer nicht mehr, wie sie die extrem gestiegenen Energiekosten finanzieren sollen. Unser Wirtschaftsstandort ist in großer Gefahr“, warnt der BIHK-Chef. In der Befragung gab zum Beispiel jeder fünfte Industriebetrieb in Bayern an, die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland zu planen oder dies bereits vollzogen zu haben. „Die Deindustrialisierung ist also bereits im Gange“, so Gößl.

Die Unsicherheiten wirken sich auch auf die Investitionen aus: Mehr als ein Viertel der bayerischen Betriebe investiert laut der Befragung vorerst nicht mehr in die Aufrechterhaltung des eigenen Kerngeschäfts, knapp ein Fünftel stellt seine Investitionen in den Klimaschutz ein und 14 Prozent geben keine Gelder mehr für Forschung und Entwicklung aus.

Die befragten Unternehmen nehmen die Politik in die Pflicht und fordern zur Krisenbewältigung mehr Unterstützung. 70 Prozent erwarten von der Regierung schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, unter anderem um den Ausbau sowie die Nutzung von Erneuerbaren Energien auch im eigenen Betrieb zu beschleunigen und auszuweiten. Vor allem in Industrie und im Handel sind zudem die Rufe laut, endlich die Steuern und Abgaben auf Strom zu senken.

„Die Preise für Energie müssen deutlich sinken. Das geht am besten und am nachhaltigsten, wenn es mehr Angebot gibt“, betont BIHK-Chef Gößl. „Es muss also alles auf den Markt, was geht. Die Bundesregierung muss daher unter anderem die große Fehlentscheidung, die verbleibenden Atomkraftwerke nur auf die Reservebank zu schicken, dringend korrigieren.“

Das vollständige Energiewendebarmeter mit den bayernweiten Umfrageergebnissen gibt es unter www.bihk.de